

## Reisekader in der DDR



VON  
JENS NIEDERHUT

Die Bedeutung von „Reisen“ und „Reisefreiheit“ ist für die DDR-Gesellschaft wohl kaum zu überschätzen. In der eingeschlossenen Gesellschaft war es ein häufig angestrebter, selten erreichter und von der SED streng kontrollierter Wunsch, in den „Westen“ – also in die Bundesrepublik, nach Westeuropa oder Amerika – zu reisen. Privatreisen blieben die Ausnahme; einen großen Teil der Reisen in das „nichtsozialistische“ Ausland bestritten die „Reisekader“, also die Dienstreisenden. Das Privileg, zu den „Reisekadern“ zu gehören, war hoch begehrt. Partei und Staatssicherheit wachten darüber, dass nur loyale Kader, die die DDR im Sinne der SED vertreten würden, ins Ausland geschickt wurden. Der Schwerpunkt dieser Dissertation liegt auf den wissenschaftlichen Reisekadern, allerdings nicht nur aus dem engeren Bereich der Universitäten und der Akademie, sondern auch aus den Betrieben und Ministerien.

Im zentralen Staatsapparat findet sich zu den internationalen Beziehungen auf wissenschaftlichem Gebiet eine Fülle von Materialien. Gleiches gilt für die Akten der SED. Die Auswahlpraxis und die Stellung der Reisekader innerhalb der Institutionen lassen sich am besten an Fallbeispielen zeigen. Für die Arbeit waren drei solcher Mikrostudien vorgesehen: die Technische Universität Dresden, der VEB Kombinat Carl Zeiss Jena und die Medizinische Akademie Erfurt. Neben der Analyse des Schriftgutes staatlicher Stellen sind vor allem Schriftwechsel und die Reiseberichte der Kader wichtige Quellen. Um die Auslandsaufenthalte der Reisekader beurteilen zu können, sind Akten westlicher Provenienz unverzichtbar. Die Analyse setzt Schwerpunkte auf die Reisetätigkeit in die Bundesrepublik und die USA. Es werden deshalb auch Bestände der Bundesregierung sowie staatlicher und nicht-staatlicher Stellen in den USA ausgewertet.

Die Reisepolitik der DDR lässt sich in drei Phasen unterteilen. In den 1950er Jahren, als die Grenzen in Berlin noch geöffnet waren, waren Westreisen noch relativ einfach möglich. Noch hielt die DDR an der „deutschen Nation“ fest. Begegnungen zwischen Bürgern beider deutscher Staaten wurden gefördert. Für den Wissenschaftsbereich gilt aber auch, dass die DDR auf die enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik angewiesen war, da der Austausch mit den übrigen westlichen Staaten aufgrund der fehlenden diplomatischen Anerkennung unterentwickelt war.

In den 1960er Jahren drohte der DDR nach dem Mauerbau und dem Einfrieren des deutsch-deutschen Reiseverkehrs die internationale Isolation. Zwar erlebte der innerdeutsche Austausch Mitte der 1960er Jahre eine kurze Renaissance, aber generell verstärkte sich die Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik ganz erheblich. Damit gerieten auch die Beziehungen der Wissenschaftler untereinander stärker unter die Kontrolle der SED. Zu Beginn der 1970er Jahre wur-

de die Genehmigungspraxis für Westreisen dahingehend geändert, dass nun nicht mehr jeder Wissenschaftler einen Reiseantrag stellen durfte. Dies blieb den „Reisekadern“ vorbehalten, die einem strengen Auswahlverfahren unterworfen waren. Durch diese Neuregelung wurde die Zahl derjenigen, die in den Westen reisen durften, erheblich begrenzt. Einen autonomen Wissenschaftsaustausch jenseits der Kontrolle der SED gab es nicht mehr.

Während sich die Zahl der Westreisenden – wenigstens zunächst – verringert hatte, stiegen die Reisemöglichkeiten dank der zu Beginn der 1970er Jahre erfolgten diplomatischen Anerkennung der DDR durch die meisten westlichen Staaten erheblich an. Mit zahlreichen Ländern konnten Kulturabkommen geschlossen werden, die den wissenschaftlichen Austausch regelten. Dazu zählten beispielsweise Italien, Großbritannien oder Frankreich. Selbst mit den USA wurde eine Regelung erzielt, hier allerdings ohne die formelle Grundlage eines Kulturabkommens. Dennoch ermöglichten Verträge zwischen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der National Academy of Sciences bzw. zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem International Research and Exchanges Board, dass DDR-Wissenschaftler Forschungs- und Studienaufenthalte an amerikanischen Spitzenuniversitäten wahrnehmen konnten, die sich zu dieser Zeit verstärkt zu Kommunikationszentralen der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft entwickelten.

Das Auswahlverfahren für Reisekader wirft auch ein Schlaglicht auf die Herrschaftspraxis der SED. Politische Zuverlässigkeit und Sicherheitsfragen – also die Frage, wie wahrscheinlich eine „Republikflucht“ war – standen bei der Auswahl im den Vordergrund. Der Abbruch aller privaten Kontakte in den Westen, und sei es der postalische Geburtstagsgruß, wurde als Beweis der Loyalität verlangt. Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit trugen bereits im Vorfeld zur Prüfung des Kandidaten bei.

Die latente Fluchtgefahr gab dem Ministerium für Staatssicherheit nicht nur de facto ein Vetorecht bei der Bestätigung der Reisekader, die Überwachung der Auslandsreisenden wurde zu einer seiner wichtigen Aufgaben. Allerdings trifft die Legende, die Reisekader seien mehrheitlich auch Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen, so nicht zu: Selbst in volkswirtschaftlich bedeutenden und unter Sicherheitsaspekten sensiblen Institutionen schwankt der Anteil der IM an den Reisekadern lediglich zwischen vier und sieben Prozent.

Die Aufnahme unter die Reisekader unterlag intransparenten Kriterien und wurde von der SED als Herrschaftsmittel gebraucht. Je wichtiger die Westreisen für die DDR-Bevölkerung wurden, desto mehr wurde das „Reisekadersystem“ zum zentralen Differenzierungsmittel in der ansonsten weitgehend entdifferenzierten Gesellschaft. Die dosierte und nur wenigen gewährte Öffnung schuf Abhängigkeiten und Loyalitäten. Der „Wettlauf nach der Freikarte“ (Wolfgang Engler) stabilisierte das System wenigstens eine Zeit lang.

Obwohl die Auswahl der Westreisenden in den 1970er Jahren also wesentlich strikter gehandhabt wurde, und obwohl diese in sehr hohem Maße der politischen Kontrolle unterlagen, bleibt der internationale Wissenschaftsaustausch der DDR mit dem Westen

ein wichtiges Untersuchungsfeld. Für die 1970er und 1980er Jahre lassen sich folgende Grundtendenzen belegen:

Erstens verloren die „Sonderbeziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten zwar sukzessive an Bedeutung, aber sie gingen nicht gänzlich verloren. Die Abgrenzungspolitik der SED und der späte Abschluss eines Kulturabkommens zwischen Bonn und Ost-Berlin ließen offizielle Austauschprogramme erst Ende der 1980er Jahre zustande kommen. Gleichzeitig blieb die Bundesrepublik für viele DDR-Wissenschaftler wichtigster Bezugspunkt.

Zweitens war die DDR weiterhin nur schwach an die westliche Wissenschaft angebunden. Austauschprogramme existierten zwar mit allen wichtigen Ländern, aber sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht blieben diese gering. Zum einen schlossen sich die NATO-Staaten – vor allem die USA – weitgehend der jeweiligen Haltung der Bundesrepublik an und entwickelten keine eigenständige Politik hinsichtlich des ostdeutschen Staates, zum anderen blockierten die Sicherheitsmaßnahmen der SED eine Ausweitung der Westreisen.

Drittens zeigt der Wissenschaftsaustausch auch die exzeptionelle Stellung der DDR im sozialistischen Block auf. Während zahlreiche polnische, bulgarische und sowjetische Wissenschaftler an amerikanischen Universitäten präsent waren, blieben Ostdeutsche dort die Ausnahme. Die DDR-Wissenschaft und ihre Vertreter blieben im Vergleich zu ihren ost- und ostmitteleuropäischen Kollegen weitgehend isoliert, was nicht nur die Provinzialität der DDR-Wissenschaft zu erklären hilft, sondern auch zur Beantwortung der Frage beiträgt, warum von den DDR-Universitäten so wenig Impulse für Reformen bzw. für den demokratischen Wandel der Jahre 1989/90 ausgingen.

Der Transfer von Technologie und Wissen war eine der wichtigsten Aufgaben, die den Reisekadern von der SED gestellt wurde – gleichrangig daneben stand die Anbahnung von Exportgeschäften. Dieser Wissenstransfer fand auf verschiedenen Ebenen statt, wobei seine illegale Variante in Form von Wirtschaftsspionage eine untergeordnete Rolle spielte. Vor allen

Dingen in den Betrieben – weniger an Hochschuleinrichtungen – lässt sich zeigen, dass die Reisekader einen entscheidenden Informationsvorsprung hinsichtlich des Entwicklungsstandes im Westen hatten und darum einen gewissen Einfluss auf die Produktionsplanung und die Entwicklung einzelner Produkte wahren konnten.

Der Wissenstransfer von West nach Ost beschränkte sich allerdings nicht auf die von der SED intendierten Bereiche. Das Wissen über die westlichen Gesellschaften im Allgemeinen war bei den Reisekadern wesentlich höher als bei der übrigen Bevölkerung.

Die Bundesrepublik und die USA verbanden mit dem Wissenschaftsaustausch bestimmte Interessen. Die Bonner Regierung bemühte sich, jeden deutsch-deutschen Kontakt zu nutzen, um gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten zu betonen und die nationale Einheit der Deutschen aufrechtzuerhalten. Die USA sahen in jedem Forschungsaufenthalt ostdeutscher bzw. osteuropäischer Wissenschaftler eine Möglichkeit, jenen die Vorzüge einer offenen und demokratischen Gesellschaft vor Augen zu führen.

Gerade die Aufenthalte in den USA wurden für viele Wissenschaftler zu prägenden Ereignissen, wie sich an Einzelfällen verdeutlichen lässt. Da die Reisekader als Hochschullehrer und Abteilungsleiter durchaus als Multiplikatoren von Wissen gelten können, blieben sie in von der Außenwelt doch weitgehend isolierten ostdeutschen Gesellschaft einer der wenigen Kommunikationskanäle in den Westen.

JENS NIEDERHUT, geboren 1975, seit Januar 2003 Stipendiat der Stiftung Aufarbeitung, studierte von 1994 bis 2001 Geschichte, Politikwissenschaft und Klassische Philologie in Marburg/Lahn und an der FU Berlin. Während des Studiums arbeitete er an einer Ausstellung und einem Sammelband zur Geschichte des Potsdamer KGB-Gefängnisses „Am Neuen Garten“ mit. In seiner Magisterarbeit untersuchte er die Auswirkungen der DDR-Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren auf der Betriebsebene. Für das Jahr 2005 ist die Abgabe der Dissertation geplant.